

Notizen

Die Generalsekretärin der FDP, *Cornelia Schmalz-Jacobsen*, hat erklärt, das sog. *Kirchenpapier der FDP* von 1974, dessen Thesen in der Urform der damaligen Jungdemokraten für beträchtliche Erregung sorgten und dann von der Partei entschärft wurden (vgl. HK, Dezember 1974, 625 ff.), sei für ihre Partei nach wie vor „grundsätzlich gültig“. Gegenwärtig würden seine Forderungen von einem Redaktionskomitee des „Gesprächskreises Liberalismus und Kirche“ überprüft. Über eventuelle Revisionen müsse dann ein Bundesparteitag entscheiden. Cornelia Schmalz-Jacobsen, die seit dem Ausscheiden von *Manfred Brunner* selbst Vorsitzende des Gesprächskreises ist, versicherte aber, eine Änderung des Kirchensteuersystems oder von Staatskirchenverträgen werde *nicht* angestrebt.

In der Bundesrepublik gehörten zum Zeitpunkt der Volkszählung von 1987 32 319 Personen der *jüdischen Religionsgemeinschaft* an. Bei der Volkszählung von 1970 waren 31 684 Einwohner jüdischen Glaubens gezählt worden. In Nordrhein-Westfalen lebten zum Stichtag der Volkszählung 7216 Einwohner jüdischen Glaubens, in Hessen 6208, in Berlin 5671 und in Bayern 5282.

In einem Gespräch mit dem österreichischen katholischen Monatsmagazin „Kirche intern“ erklärte der lutherische Bischof von Bergen (Norwegen), *Per Lönning*, der früher über mehrere Jahre Professor am (luth.) Institut für ökumenische Forschung in Straßburg war, warum er sich *anlässlich des Papstbesuches in Skandinavien* im Juni geweigert hatte, an dem Treffen der lutherischen norwegischen Bischöfe mit Johannes Paul II. im Dom zu Trondheim teilzunehmen. Gerade als früherer Professor für ökumenische Theologie im Herzen Europas, der die ökumenische Gesamtlage gut kenne, habe er „ein solches Zeugnis ablegen müssen“. In den 80er Jahren habe sich die Ökumene nicht positiv entwickelt. Bei den offiziellen *Gesprächen zwischen Rom und den Kirchen der Reformation* sei bisher praktisch „nichts herausgekommen“. Auch die Anglikaner seien über die Haltung Roms „sehr enttäuscht“. Verantwortlich dafür sei weitgehend die gegenwärtige Führung in Rom. Trotz dieser Einschätzung gewann Bischof Lönning dem Papstbesuch positive Seiten ab. Vielen Gläubigen sei dabei bewußt geworden, daß die christliche Kirche doch viel mehr ist als unsere kleine Ecke ... Und so wie sie den Papst erfahren haben, menschlich und freundlich, konnten sie sehen, daß die Kirche sehr menschnah sein kann.“ Für die Zukunft, meinte der Bischof, sei im *Verhältnis zur katholischen Kirche* das Wichtigste, daß Rom Klartext rede. In den Kon-

sensgesprächen – Lönning nannte als Beispiel das Limadokument – sei man ja schon recht weit gekommen, aber es werde nicht deutlich gesagt, „was Rom von uns fordert“: doch Unterwerfung irgendwie unter den Papst oder was sonst?

Mit einem Vergleich endete das Disziplinarverfahren der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck gegen die Studienleiterin für Religionspädagogik und Dozentin für feministische Theologie an der Gesamthochschule Kassel, *Elga Sorge*. Die Oberstudienrätin scheidet demnach zum 31. August aus dem kirchlichen Dienst aus und erhält dafür eine ansehnliche finanzielle Abfindung: für die nächsten drei Jahre die vollen Bezüge, für weitere sieben Jahre eine reduzierte Unterhaltszahlung. Bereits im März 1987 kündigte die Evangelische Landeskirche den Gestellungsvertrag mit der Gesamthochschule Kassel für Elga Sorge. Die Landeskirche vertritt die Ansicht, Elga Sorge habe mit ihren theologischen Ansichten das evangelische Bekenntnis verlassen und damit ihre Amtspflichten verletzt.

Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg konnte der Heilige Stuhl einen Bischof für die Katholiken in der Sowjetrepublik Weißrußland ernennen. Am 26. Juli wurde Pfarrer *Tadeusz Kondrusiewicz* aus Grodno zum Apostolischen Administrator im Bischofsrang für das Bistum Minsk ernannt und ihm gleichzeitig die Zuständigkeit für alle Katholiken des lateinischen Ritus in Weißrußland übertragen. In der weißrussischen Sowjetrepublik leben schätzungsweise zwei Millionen Katholiken, die von etwa sechzig Priestern betreut werden; ungefähr hundert Kirchen sind für den Gottesdienst geöffnet. Die sowjetischen und weißrussischen Behörden, so heißt es in einer Mitteilung des vatikanischen Pressesaals, seien von der Bischofsernennung unterrichtet worden und hätten den Papst wissen lassen, daß von ihrer Seite keine Einwände bestünden.

Ein wirklicher *religiöser Aufbruch* lasse sich in der Sowjetunion *nicht* feststellen. Dies erklärte der russisch-orthodoxe Metropolit *Michail Mudygin* von Wologda und Welikij Ustjug in einem KNA-Interview während eines Aufenthaltes in Hamburg. Die Öffnung von Kirchengebäuden und die inzwischen zahlreicheren Kirchenneubauten besagten nicht viel. Eine neue religiöse Gesinnung in der Bevölkerung sei nicht so sehr zu beobachten, wie es wünschenswert wäre. Deswegen, so der Erzbischof, seien *Evangelisierung und Katechese* viel wichtiger als neue Kathedralen. Vom neuen sowjetischen Religionsminister (vgl. HK, August 1989, 384 f.) erhoffe er, daß er „die richtige Wende in der Kirchen-

politik“ fortsetze. Zugleich äußerte er die Hoffnung, daß *neue Religionsgesetze* bald verabschiedet würden. Im gleichen Interview wurde der russisch-orthodoxe Erzbischof auch nach den *katholischen Ukrainern* gefragt. Im Gegensatz zu anderen russisch-orthodoxen Hierarchen schloß der Metropolit deren Zulassung nicht aus, meinte aber, das Verhältnis Rom – russische Orthodoxie werde sich dann gut entwickeln, wenn der ganze Ukrainer-„Komplex“ beseite geschoben werde.

In Ungarn sind *zwei neue katholische Zeitschriften* gegründet worden, eine kulturelle Zweimonatszeitschrift mit dem Titel „Jel“ (Das Zeichen) und eine monatlich erscheinende Kinderzeitschrift „Aranyag“ (Goldener Ort). Die erste Nummer von „Jel“ sollte noch im August erscheinen, die erste Ausgabe von „Aranyag“ ist für Januar 1990 geplant. „Jel“ wird theologisch-kirchliche Themen behandeln, aber auch christliche Autoren aus verschiedenen Kulturbereichen zu Wort kommen lassen. Die Kinderzeitschrift „Aranyag“ soll auch katechetische Materialien für die Sechs- bis Elfjährigen enthalten und deshalb als Unterrichtshilfe für den Religionsunterricht in der Grundschule verwendet werden.

Nach einem Bericht der Zeitschrift der Patriotischen Vereinigung chinesischer Katholiken „Die katholische Kirche in China“ wurde in *Tibet* (Shangyanjing im Distrikt Quando) *zum erstenmal wieder eine katholische Kirche eröffnet*. Etwa 1000 Katholiken und Angehörige anderer Religionen hatten an der Wiedereröffnung der Kirche teilgenommen. – Es fällt auf, daß das Organ der Patriotischen Vereinigung darüber erst Ende Juni berichtete, obwohl die Eröffnung der Kirche bereits am Heiligen Abend des vergangenen Jahres stattgefunden hatte. Es ist bekannt, daß die *Patriotische Vereinigung* trotz des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking in der Nacht vom 3./4. Juni sich unauffällig auf Partei- und Regierungskurs zu halten sucht und dies auch nach außen mit Nachrichten über ungehinderte Aktivitäten unterstreicht. Und die Regierung scheint den Religionsgemeinschaften auch tatsächlich weiterhin einigen Spielraum zu lassen. Darauf weist auch die *Ankündigung neuer Gesetze über die Religionsfreiheit* hin. Während die Katholiken in diesem Rahmen mit begrenzter Großzügigkeit rechnen können, dürften Katholiken der „Untergrundkirche“ sich eher auf verschärfte Repressionen einzustellen haben.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Verlegerbeilage bei.